



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln

Fraktion pro Köln - Markmannsgasse 7 - 50667 Köln

www.pro-koeln-online.de

Pressemitteilung

Telefon: 0221 / 221 - 9 15 12

Bitte der Redaktion vorlegen!

Telefax: 0221 / 221 - 9 15 15

Köln, den 04.05.2007

Bürgerbegehren gegen die Kölner Großmoschee wird im Rat behandelt!

Nachdem der Stadtspitze von den Großmoschee-Gegnern bei weiterer Untätigkeit gestern rechtliche Schritte angedroht worden sind, steht es heute plötzlich schwarz auf weiß fest: Das Bürgerbegehren gegen die geplante Großmoschee in Köln-Ehrenfeld wird am 15. Mai im Stadtrat behandelt werden. Unter TOP 4.3.1 der eben veröffentlichten Tagesordnung heißt es wörtlich: „Bürgerbegehren zum Moscheebau Venloer Str./Innere Kanalstraße, hier: Entscheidung über die Zulässigkeit des Begehrens.“ Damit ist klar, daß alle formalen Voraussetzungen erfüllt sind! Wie gesetzlich vorgeschrieben, haben über 20.000 Kölner Bürger ihren Unmut mit dem geplanten Islamisierungsvorhaben und der etablierten Kölner Politik bekundet! In der Mai-Sitzung des Rates geht es nun um die rechtliche Zulässigkeit und die politischen Dimensionen dieser beeindruckenden Demonstration des Bürgerwillens.

Allen Unkenrufen und Anfeindungen zum Trotz, haben die Ehrenfelder Anwohnerinitiative und die Bürgerbewegung pro Köln über 23.000 Menschen überzeugen können, mit Name und Anschrift Gesicht zu zeigen gegen Überfremdung und politische Bevormundung. „Dieser, von rechts initiierte, erfolgreiche Akt der direkten Demokratie ist in seiner Form einzigartig in Deutschland“, betont der pro-Köln-Vorsitzende Markus Beisicht. „Das ist ein echter Aufstand der Anständigen! Daran ändern auch

die irreführenden Behauptungen nichts, daß man über eine, wegen der Großmoschee nötig gewordene, Bebauungsplanänderung keinen Bürgerentscheid durchführen könnte. Denjenigen, die ständig diese Nebelkerzen zünden, sei ins Stammbuch geschrieben: Bei dem aktuellen Bürgerbegehren geht es nicht um irgendeine Bebauungsplanänderung, sondern um die grundsätzliche Frage, ob an der Venloer Straße Ecke Innere Kanalstraße eine Großmoschee entstehen soll“, so der 44jährige Rechtsanwalt weiter.

„Im Rat wird es am 15. Mai zu einer sehr spannenden Debatte über das Bürgerbegehren kommen. Die Fraktion pro Köln wird dabei mit aller Deutlichkeit für die Bürgerinteressen Stellung beziehen und sich gegen alle politischen oder juristischen Winkelzüge seitens der Stadtspitze wehren“, verspricht schon jetzt die Fraktionsvorsitzende Judith Wolter. „Wir wollen, daß die Kölner Bürger das letzte Wort in Sachen Großmoschee haben. Nur durch einen Bürgerentscheid kann der soziale Frieden in dieser wichtigen Frage wieder hergestellt werden. Auch den verbohrtesten Apparatschiks in den Kölner Altparteien sollte inzwischen klar geworden sein, daß man über eine derartige Willensbekundung der Bevölkerung nicht einfach mit einem Achselzucken hinweggehen kann. Deshalb meine ehrliche Bitte an alle politisch Verantwortlichen der Domstadt: Haben Sie Mut, lassen Sie uns zusammen mehr Demokratie wagen, und lassen Sie die Bürger über dieses zentrale kommunalpolitische Thema entscheiden!“

verantwortlich: Markus Wiener

Diese Pressemitteilung ist als PDF-Datei abrufbar unter www.pro-koeln-online.de